

Dienstag 7. Juli 2015

Nummer 678

Der Newsletter als PDF

Die Stiftung auf



und



App der Robert Schuman Stiftung download über [Appstore](#) und [Google Play](#)

"Russlands aggressiver Revanchismus gegenüber der Ukraine wirkt sich auf die Sicherheit in ganz Europa aus"

Autor : Laimdota Straujuma



Im ersten Halbjahr 2015 hat Lettland zum ersten Mal die Präsidentschaft im Europäischen Rat innegehabt. Nachdem dieses Mandat nun zu Ende gegangen ist, schildert Lettlands Premierministerin Laimdota Straujuma der Robert Schuman Stiftung ihre Eindrücke und erinnert an die Themen, die in dieser Zeit angegangen wurden (Östliche Partnerschaft, Investitionsplan, Digitalmarkt, Datenschutz, etc.)

[Fortsetzung](#)

Übersicht

Stiftung : Editorial - Deutsch-Französisch **Griechenland** : Referendum - Eurogruppe - Deutschland-Frankreich - IWF - EZB - Rücktritt - Banken **Finanzkrise** : Eurozone - Spanien - Frankreich **Kommission** : Verkehr **Rat der Europäischen Union** : Roaming/Telefonieren - Transparenz - Präsidentschaft/Luxemburg - Verfahren/Streitsachen **Deutschland** : Griechenland **Bulgarien** : Investitionen **Kroatien** : IWF **Dänemark** : Referendum - Einwanderung **Frankreich** : China **Italien** : Deutschland **Lettland** : Präsidentschaft/Rat **Litauen** : Kroatien **Ukraine** : Hilfe/EU - IWF - Gas **Europarat** : Nord-Süd Preis **UNO** : Einwanderung **NATO** : Rumänien **Parlament** : Juncker/Griechenland **Eurostat** : Arbeitslosigkeit - Inflation - Einbürgerung **Berichte / Studien** : Europäischer Haushalt - Migration **Kultur** : Foto/Arles - Festival/Rom - Jazz/Gent - Ausstellung/Paris - Ausstellung/London

[Agenda](#) | [Andere Versionen](#) | [Kontakt](#)

Stiftung :

Europa bedrängt von den Extremen



Jean-Dominique Giuliani zeigt in seinem neuen Editorial wie extreme Parteien nach der gewonnenen Wette von Alexis Tsipras Europa vor neue Herausforderungen stellen... [Fortsetzung](#)

Vergabe des deutsch-französischen Journalistenpreises 2015



Der Deutsch-Französische Medienpreis (PFAJ) ist am 1. Juli in den Kategorien Video, Audio, Print, Multimedia und Junge Talente in den Räumlichkeiten von Radio France in Paris verliehen worden. Die Vereinigung "Cartooning for Peace" erhält den Großen Medienpreis. Plantu und der deutsche Karikaturist Thomas Pläßmann haben die Auszeichnung entgegengenommen. Mit einem Sonderpreis wurde zudem der in Saudi-Arabien inhaftierte Blogger und Regimekritiker Raif Badawi geehrt... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Griechenland :

Sieg des Nein-Lagers im Referendum



Am 5. Juli hat in Griechenland ein Referendum über die Annahme oder Ablehnung der Vorschläge der Institutionen der "Brüsseler Gruppe" zu einem neuen Hilfspaket für Griechenland stattgefunden. Nach dem offiziellen Amtsergebnis stimmten laut Innenministerium 61,31% Personen für Nein ("oxi"), bei einer Wahlbeteiligung von 62,5%. Der griechische Premierminister Alexis Tsipras bezeichnete das Ergebnis als

einen "großen Sieg", erklärte aber auch, dass er weiterhin eine Einigung mit den Gläubigern des Landes erzielen wolle... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#) | [Andere Links](#)

Schlussfolgerungen der Eurogruppe zu Griechenland



Die Eurogruppe hat sich am 1. Juli getroffen, um über Griechenland zu sprechen. Die Finanzminister prüften das griechische Ersuchen um eine Verlängerung des europäischen Finanzhilfeprogramms. Allerdings kam man zu der Einschätzung, dass sich die politische Situation und die Position der Regierung bezüglich des Referendums nicht verändert hätten. Die griechischen Vorschläge wurden deshalb abgelehnt. Jeroen Dijsselbloem, der Präsident der Eurogruppe, nannte die bis dato erzielten Resultate bedauerlich. Ein neues Treffen der Eurogruppe ist für den 7. Juli vorgesehen... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#) | [Andere Links](#) | [Andere Links](#)

Treffen zwischen Angela Merkel und François Hollande zur Griechenland-Problematik



Die deutsche Kanzlerin Angela Merkel und der französische Präsident François Hollande haben sich am 6. Juli im Élysée-Palast zu einem Arbeitessen getroffen, um über "die Konsequenzen aus dem Referendum in Griechenland" zu sprechen und die deutsch-französische Position in dieser Frage abzustimmen. François Hollande versicherte bei dieser Gelegenheit, dass die "Tür für Diskussion mit Griechenland offen bleibt". Er fügte aber hinzu, dass die Regierung von Alexis Tsipras "ernsthafte" Vorschläge unterbreiten müsse. "Die Zeit drängt für Griechenland und für Europa", so der französische Präsident. Angela Merkel erklärte ebenso, dass es "dringlich" sei, dass Griechenland "seine Vorschläge präzisiert" und dabei die "Position der anderen 18 Länder der Eurozone" berücksichtig. "Wir werden dann sehen, wie die anderen Mitglieder der Eurozone diese Vorschläge aufnehmen werden. Das ist auch das Wesen der Demokratie, dass wir nur eingeschränkt souverän agieren können. Wir sind 19 Staaten, die in einer Währungsunion miteinander verbunden sind. Also muss man verantwortlich handeln und Solidarität zeigen", sagte die deutsche Kanzlerin... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#) | [Andere Links](#)

Griechenland ist im Zahlungsverzug



Griechenland befindet sich gegenüber dem Internationalen Währungsfond (IWF) seit dem 30. Juni in Zahlungsverzug. "Ich bestätige, dass die am 30. Juni fällige Schuldentrückzahlung von Griechenland an den IWF nicht eingetroffen ist", sagte ein Sprecher der Organisation. Athen, das 1,5 Milliarden Euro hätte zurückzahlen müssen, reichte im letzten Augenblick eine Bitte um Zahlungsaufschub ein. Der IWF äußerte sich dazu nur, dass man den Antrag "zu gegebener Zeit" prüfen werde. "Griechenland kann solange keine Finanzhilfen des IWF erhalten, bis die Zahlungsrückstände beglichen sind", so der IWF. Athen muss zudem in naher Zukunft ohne das Geld seiner öffentlichen Gläubiger auskommen, weil das europäische Hilfspaket an Griechenland ausgelaufen ist. Dem Land fehlen so 16 Milliarden Euro. Alles in allem sind die griechischen Schulden auf keinem nachhaltigen Niveau, insbesondere wegen der seit 2012 neu eingegangenen Verpflichtungen... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#) | [Andere Links](#)

EZB hält an Notfallkrediten für Griechenland fest



Die Europäische Zentralbank hat am 1. Juli bekannt gegeben, dass sie die Obergrenze für Notfallkredite (ELA) an griechische Banken beibehält. Diese Position wurde am 6. Juli noch einmal bestätigt. Allerdings beschloss die EZB die Sicherheiten, die für ELA-Kredite verpfändet werden, zu erhöhen. Die griechische Regierung kündigte ihrerseits an, dass alle Banken im Land bis zum 8. Juli geschlossen bleiben... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#) | [Andere Links](#)

Antonis Samaras und Yanis Varoufakis treten zurück

Als Reaktion auf das Ergebnis des griechischen Referendums ist Yanis Varoufakis, der griechische Finanzminister, zurückgetreten. Er will damit die Verhandlungen mit den europäischen Partnerländern und Mitgliedern der Eurozone erleichtern. "Kurze Zeit nach Bekanntgabe



des Referendumsausgangs erfuhr ich von einer gewissen Präferenz bei mehreren Mitgliedern der Eurogruppe und der mit ihr verbundenen 'Partnern' für meine Abwesenheit bei zukünftigen Treffen; ein Vorschlag, den auch der Premierminister für möglicherweise hilfreich bei der Erzielung einer Einigung erachtet". Yanis Varoufakis wird durch Euclid Tsakalotos ersetzt, den vorherigen Vize-Außenminister und Verhandlungskordinator mit Griechenlands Gläubigern. Er wird nach der Ablegung seines Amtseides am Treffen der Finanzminister der Eurozone (Eurogruppe) am 7. Juli in Brüssel teilnehmen. Zur gleichen Zeit gab der ehemalige griechische Premierminister und Chef der größten Oppositionspartei Nea Demokratia, Antonis Samaras, ebenfalls seinen Rücktritt bekannt. Er zieht damit die Konsequenzen aus dem verlorenen Referendum... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#) | [Andere Links](#)

Als Folge auf die Kapitalverkehrskontrollen stuft Fitch 4 Banken als "begrenzt zahlungsunfähig" ein



Die Ratingagentur Fitch hat am 29. Juni vier große griechische Banken als "begrenzt zahlungsunfähig" eingestuft, nachdem das Land Kapitalverkehrskontrollen eingeführt hatte, um eine massive Kapitalflucht und eine Panik an den Bankschaltern zu vermeiden. "Die Herabstufung der National Bank of Greece (NBG), der Piraeus Bank, der Eurobank und der Alpha Bank spiegelt die Meinung von Fitch wieder, dass diese Banken pleite gegangen wären, hätte man keine Kapitalverkehrskontrollen eingeführt. Zurückzuführen wäre das auf den Abzug von Geldbeträgen von Bankkonten und die Entscheidung der EZB vom 28. Juni, das Niveau der Notfallkredite (ELA) für griechische Banken nicht anzuheben", heißt es in einer Presseerklärung der Agentur... [Fortsetzung](#)

Finanzkrise :

Leichte Wachstumsbeschleunigung der Eurozone-Industrie im Juni 2015



Das Wachstum der Eurozone-Industrie hat sich im Juni beschleunigt und das höchste Niveau seit mehr als einem Jahr erreicht - und das trotz der griechischen Krise, die der dortigen Industrie schwer schadet. Zu dieser Einschätzung kam der Finanzinformationsdienst Markit am 1. Juli. Der PMI Index für die Industrie kletterte demnach im Juni auf 52,5 Punkte, im Mai waren es noch 52,2 gewesen. Bis auf Griechenland verzeichnen alle von der Umfrage erfassten Länder ein Wachstum... [Fortsetzung](#)

Anhebung der Wachstumsprognose und Vorverlegung der Steuersenkung



Nach einem Wachstum von 0,9% im ersten Quartal hat der spanische Ministerpräsident Mariano Rajoy seine Wachstumsvorhersage auf 3,3% für 2015 und 3% für 2016 angehoben. Ursprünglich war von 2,9% ausgegangen worden. Rajoy gab aber auch bekannt, dass die Regierung die geplante Senkung der Einkommensteuer auf den 1. Juli vorverlegen wolle. Geplant war diese Maßnahme eigentlich erst für den Januar 2016... [Fortsetzung](#)

Bewertung von Frankreichs Maßnahmen zur Senkung seines exzessiven Defizits



Die Europäische Kommission hat am 1. Juli eine Mitteilung über den Bericht der französischen Regierung veröffentlicht, in dem diese als Reaktion auf die Empfehlungen des Rates vom 10. März zur Senkung des exzessiven Defizits ihre nun geplanten Maßnahmen vorstellt. Grundsätzlich bestätigt die Kommission die französische Haushaltsstrategie, mit der man das Defizit bis 2017 verringern will. Frankreich legte diesbezüglich die konkret geplanten Schritte für 2015 und 2016 vor. Die Kommission sieht den eingeschlagenen Konsolidierungsweg im Einklang mit den vom Rat vorgegebenen Zielen. Trotzdem würden die Haushaltsbemühungen für 2015 und 2016 aber bei weitem nicht ausreichen. Frankreich muss deshalb erneut seine Strategie anpassen. Das Defizitverfahren ist aber nach wie vor ausgesetzt... [Fortsetzung](#)

Kommission :

Investitionsplan für den Verkehrssektor

Die Europäische Kommission hat am 29. Juni 2015 ihren Investitionsplan über 13,1 Milliarden Euro für den Transportsektor offengelegt. Er ist Teil des allgemeinen Bemühens Wachstum und



Beschäftigung in Europa wiederzubeleben. Der Plan sieht vor die Verkehrsinfrastruktur zu verbessern sowie Innovation und Nachhaltigkeit in diesem Bereich zu stärken... [Fortsetzung](#)

Rat der Europäischen Union :

Abschaffung der Roaminggebühren in der EU von Juni 2017 an



Für alle Mobilfunknutzer entfallen vom 15. Juni 2017 an innerhalb der Europäischen Union die Roaminggebühren, darauf einigten sich das Europäische Parlament und die EU-Mitgliedstaaten. Die Roaminggebühren werden schon am 30. April 2016 sinken, wenn die derzeitigen Höchstbeträge der Endkundenentgelte durch einen maximalen Aufschlag von 0,05 EUR pro Minute für Anrufe, 0,02 EUR für SMS und 0,05 EUR je Megabyte Datenvolumen ersetzt werden. "Mehr als zwei Jahre nachdem die Europäische Kommission ihre Vorschläge für einen einheitlichen Mobilfunkmarkt präsentiert hatte, konnte nun eine Einigung mit dem Europäischen Parlament und dem Rat erzielt werden", freute sich die Kommission in einer Presseerklärung. Der Kompromiss wurde in einem Verhandlungsmarathon zwischen den drei EU-Institutionen geschmiedet (dem sogenannten "Trialog" zwischen Rat, Kommission und Parlament)... [Fortsetzung](#)

Einigung über Transparenzregeln bei Wertpapierfinanzierungsgeschäften



Der Europäische Rat am 29. Juni die neuen Vorschriften für eine bessere Transparenz von Wertpapierleih- und Rückkaufgeschäften gebilligt. Eine Einigung über den Text war mit dem Europäischen Parlament am 17. Juni 2015 erzielt worden. Die vorgeschlagene Verordnung wird die Finanzstabilität erhöhen, indem sichergestellt wird, dass Informationen über sogenannte Wertpapierfinanzierungsgeschäfte auf effiziente Weise an Transaktionsregister und Anleger in Organismen für gemeinsame Anlagen gemeldet werden. Aller Voraussicht nach dürfte die Verordnung ebenfalls vom Europäischen Parlament in der ersten Lesung angenommen werden... [Fortsetzung](#)

Beginn der luxemburgischen Präsidentschaft im Europäischen Rat



Die Präsidentschaft Luxemburgs im Europäischen Rat hat am 1. Juli angefangen. Das Land übernimmt zum 12. Mal den Vorsitz, den es das gesamte zweite Halbjahr 2015 innehaben wird. Es ist aber das erste Mal seit Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon, dass Luxemburg die Führung innehat. Das Land hat sieben Prioritäten für seine Ratspräsidentschaft angegeben, die offiziell am 3. Juli eröffnet wurde: Investitionen für Wachstum und Beschäftigung freisetzen; Europas soziale Seite zu stärken; Antworten auf die Flüchtlingsfrage zu finden, dabei aber ein Gleichgewicht zwischen Freiheit, Recht und Sicherheit beizubehalten; eine dynamische Weiterentwicklung des Binnenmarktes mithilfe des Digitalsektors; die Arbeit an einer globalen und transparenten Wachstumsagenda für Europa; die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung; eine verstärkte Präsenz der Europäischen Union in der Welt... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Einigung über Verfahren für geringfügige Forderungen



Der Rat hat am 29. Juni den mit dem Europäischen Parlament ausgehandelten Kompromiss über eine Verordnung zur Änderung der europäischen Bagatellverordnung und der Verordnung über ein Europäisches Mahnverfahren gebilligt. Das Ziel der Änderungsverordnung besteht darin, das europäische Verfahren für geringfügige Forderungen effizienter zu gestalten und seine Inanspruchnahme in einer größeren Zahl von Fällen zu ermöglichen. Der Gesetzestext dürfte ebenso vom Europäischen Parlament in erster Lesung angenommen werden... [Fortsetzung](#)

Deutschland :

Rede der deutschen Kanzlerin vor dem Bundestag



Die deutsche Kanzlerin Angela Merkel hat am 1. Juli 2015 eine Rede vor dem Bundestag gehalten, in der sie bekräftigte, dass "Verhandlungen über ein neues Hilfsprogramm für Griechenland erst nach dem Referendum beginnen können". Merkel betonte außerdem, dass die "Tür zu Verhandlungen offen bleibe". Gleichzeitig sagte sie, dass ein Ende Europas nicht auf dem Spiel stehe, trotz der großen

Herausforderungen, vor denen man stehe. Laut Merkel müsse die Europäische Union ein Gleichgewicht zwischen Solidarität und Verantwortung finden... [Fortsetzung](#)

Bulgarien :

Bulgarischer Beitrag zum Europäischen Investitionsplan



Bulgarien hat am 30. Juni bekanntgegeben, dass es 100 Millionen Euro für den Europäischen Fonds für strategische Investitionen bereitstellen wird. Es ist das 8. Land, das seine Teilnahme an dem Programm bekannt gab. Der mit Wachstum, Beschäftigung, Investitionen und Wettbewerb beauftragte Vize-Präsident der Kommission erklärte daraufhin: "Ich bin überaus glücklich zu hören, dass Bulgarien 100 Millionen zum Investitionsplan beisteuert"... [Fortsetzung](#)

Kroatien :

IWF-Bericht zu Kroatien



Der IWF hat am 2. Juli seinen Bericht zur kroatischen Wirtschaft veröffentlicht. Darin konstatiert er erste Anzeichen für eine wirtschaftliche Erholung nach sechs Jahren der Rezession: Der private Konsum springt wieder an, das Beschäftigungsniveau stabilisiert sich und die Unternehmen machen wieder Gewinne. Zuwächse bei den Exporten, der industriellen Produktion, den ausländischen Direktinvestitionen belegen die Fortschritte der kroatischen Wirtschaft. Trotzdem bleibt das private Schuldenniveau nach wie vor hoch, die Wettbewerbsfähigkeit muss weiter gestärkt werden und die Exporte müssen sich stärker auf Zukunftsmärkte ausrichten. Die Wachstumsprognose für Kroatien für 2015 wurde auf 0,5% angehoben. Für 2016 erwartet man ein robusteres Wachstum, insbesondere dank des europäischen Strukturhilfefonds... [Fortsetzung](#)

Dänemark :

Referendum über juristische Ausnahmen



Dänemarks neue Regierung will ihrem Arbeitsprogramm zufolge noch 2015 ein Referendum über einen flexibleren Ansatz zur justiziellen Zusammenarbeit der EU abhalten. Der neue Ministerpräsident Lars Løkke Rasmussen ist gegen Sonderregelungen... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Grenzkontrollen und weniger Geld für Asylantragssteller



Die dänische Regierung hat am 1. Juli ihre Absicht bekanntgegeben, die Anzahl der Flüchtlinge in dem Land zu reduzieren. Neue Regeln für die finanziellen Zuwendungen, die am 3. Juli im Parlament debattiert wurden und im September in Kraft treten dürften, sehen vor, dass die Unterstützung für einen Asylantragssteller ohne Kind nahezu um die Hälfte von derzeit 10849 Kronen auf 5945 Kronen (797€) gekürzt werden sollen. Eine zusätzliche Unterstützung von 1500 Kronen soll es nur für Personen geben, die für die Aufnahme einer Arbeit oder Ausbildung zufriedenstellende Sprachkenntnisse nachweisen können. Außenminister Kristian Jensen hatte bereits am 30. Juni während seines ersten Auslandsbesuchs in Berlin erklärt, die Grenzkontrollen zu Deutschland und Schweden wieder einführen zu wollen... [Fortsetzung](#)

Frankreich :

Gespräch zwischen Hollande und dem chinesischen Premierminister Li Keqiang



Der chinesische Ministerpräsident Li Keqiang hat am 30. Juni seinen dreitägigen Besuch in Frankreich begonnen. Er traf den französischen Präsidenten François Hollande für ein Treffen, bei dem er das Engagement Chinas hinsichtlich der Weltklimakonferenz COP21 würdigte. Das Land hatte angekündigt, einen nationalen Beitrag leisten und eine "umweltfreundliche Zivilisation" schaffen zu wollen. Im Rahmen des Besuches wurden an die fünfzig Kooperationsvereinbarungen und Verträge über mehrere Milliarden Euro unterzeichnet, etwa mit dem Flugzeugbauer Airbus, dem Energiekonzern Alstom, dem Schifffahrts- und Logistikunternehmen CMA-CGM oder Engie (GDF Suez). Am 1. Juli reiste Li Keqiang nach Marseille, wo er CMA-CGM besuchte, das mit 71 Schifffahrtlinien stark in China vertreten ist. Am 2. Juli setzte der chinesische Ministerpräsident seinen Besuch in Toulouse fort, wo er das Werk des europäischen Flugzeugbauers Airbus besichtigte... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Italien :

Matteo Renzi trifft Angela Merkel in Berlin



Der italienische Premierminister hat am 1. Juli seine deutsche Amtskollegin in Berlin getroffen. Renzi und Merkel tauschten sich hauptsächlich über europäische Fragen und besonders über die griechische Krise aus. Merkel würdigte die von der italienischen Regierung unternommenen Reformen, die "in die richtige Richtung" gehen würden. Renzi zufolge müsse sich Europa "ändern", er verurteilte aber den Referendumsplan des griechischen Premierministers und appellierte an den "gesunden Menschenverstand". Griechenland müsse den Weg der strukturellen Reformen weitergehen... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Lettland :

Bilanz der lettischen Präsidentschaft im Europäischen Rat in den vergangenen 6 Monaten



Die lettische Premierministerin Laimdota Straujuma hat am 7. Juli vor dem Europäischen Parlament eine Rede gehalten, in der sie eine Bilanz der lettischen Ratspräsidentschaft der letzten sechs Monate zog. Die erste Präsidentschaft Lettlands seit seinem EU-Beitritt 2005 sei positiv verlaufen. Man habe Fortschritte erzielt, etwa eine Einigung beim Fonds für strategische Investitionen, beim Aufbau einer Energieunion, bei der Stärkung des Digitalmarktes, auf dem Gebiet von Einwanderung und Sicherheit sowie bei der östlichen Partnerschaft und dem Freihandelsabkommen mit den Vereinigten Staaten, so die lettische Präsidentin. Luxemburg übernimmt nun den Vorsitz im Europäischen Rat für die nächsten sechs Monate... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Litauen :

Besuch der litauischen Präsidentin in Kroatien



Die litauische Präsidentin Dalia Grybauskaitė hat am 29. Juni im Rahmen eines hochrangig besetzten Energieforums zur europäischen Energieunion ihre kroatische Amtskollegin Grabar-Kitarović getroffen. Das Forum, an dem mehr als 100 Personen teilnahmen, setzte sich mit der Energiesicherheit und einem diesbezüglich gemeinsamen Vorgehen der EU auseinander. Angesichts der Spannungen mit Russland, ist die Energieunabhängigkeit durch den Bau eines Terminals für Flüssiggas (LNG) und die Anbindung an Schweden und Polen das erklärte Ziel der beiden Staaten. Sie würde zu einer Weiterentwicklung des Staates und der nationalen Sicherheit beitragen... [Fortsetzung](#)

Ukraine :

EU erhöht humanitäre Hilfe für die Ukraine



Die Europäische Kommission hat am 1. Juli bekanntgegeben, dass die Europäische Union ihre humanitäre Hilfe für die von der Krise betroffenen Menschen in der Ostukraine mit einem neuen Hilfspaket im Wert von 15 Mio. Euro aufstockt. Damit steigt der Gesamtbetrag der von der Europäischen Union bereitgestellten humanitären Hilfe auf 62 Millionen Euro. Seit Anfang 2014 hat die EU damit zusammen mit den direkt von den Mitgliedstaaten bereitgestellten Hilfgeldern insgesamt mehr als 223 Mio. Euro für die Opfer des Konflikts bereitgestellt... [Fortsetzung](#)

Einigung zwischen dem IWF und der Ukraine innerhalb des erweiterten Kreditmechanismus



Die Mannschaft des Internationalen Währungsfonds (IWF) und die ukrainische Regierung haben sich auf einen Vertrag über eine Reihe von Reformen geeinigt, die es für den Abschluss der ersten Evaluierung des erweiterten Kreditmechanismus umzusetzen gilt. Der Vertrag muss noch vom Exekutivrat des IWF gebilligt werden. Dieser muss abschätzen, ob das Niveau der öffentlichen Schulden nachhaltig ist und ob das Programm finanziert werden kann. Erst mit dem Abschluss der Evaluation können die 1,7 Milliarden Dollar freigegeben werden... [Fortsetzung](#)

Gazprom kündigt Stopp von Gaslieferungen an die Ukraine an

Der russische Gaskonzern Gazprom hat am 1. Juli bekanntgegeben seine Gaslieferungen in die Ukraine einzustellen. Damit reagiert das Unternehmen auf die Ankündigung aus Kiew alle Gaseinkäufe aus Russland auszusetzen, nachdem Verhandlungen über den Preis gescheitert waren. "Die Ukraine hat nicht für ihre Juli-Gaslieferung gezahlt. Von 1. Juli an werden deshalb alle



Gaslieferungen von Gazprom in die Ukraine eingestellt. Ohne Vorauszahlung wird Gazprom kein Gas mehr an die Ukraine ausliefern - ganz unabhängig von der Höhe des Preises", erklärte Gazprom-Chef Alexei Miller. Gaslieferungen von Russland in die Europäische Union, die über die Ukraine laufen, sollen davon nicht betroffen sein, wie der ukrainische Gaskonzern Naftogaz bekannt gab... [Fortsetzung](#)

Europarat :

Vergabe des Nord-Süd Preises 2014



Der Generalsekretär des Europarates Thorbjørn Jagland ist am 1. Juli für die Vergabe des Nord-Süd Preises 2015 an Maura Lynch und André Azoulay nach Lissabon gekommen. Der Preis wird seit 1995 jedes Jahr an zwei Persönlichkeiten verliehen, die sich mit einer besonderen Hingabe für die Nord-Süd Solidarität eingesetzt haben. Zu den Preisträgern zählen zum Beispiel Kofi Annan oder Simone Veil. Die Preisverleihung für das Jahr 2014 fand im Beisein des portugiesischen Präsidenten Aníbal Cavaco Silva und seines Außenminister Rui Machete statt... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

UNO :

137.000 Migranten haben im 1. Halbjahr von 2015 nach Angaben von UNHCR das Mittelmeer überquert



Eine Rekordzahl von 137.000 Einwanderern hat im ersten Halbjahr von 2015 unter lebensbedrohlichen Umständen das Mittelmeer überquert. Hauptgrund für die Überfahrt nach Europa war die Flucht vor Konflikten. Nach Angaben der Vereinten Nationen vom 1. Juli ist die Zahl im Vergleich zum ersten Halbjahr von 2014 um 83% angestiegen. Im Sommer dürfte sich die Situation weiter zuspitzen: Bis zum Ende des Jahres dürfte die Zahl der Einwanderer laut der UN-Flüchtlingsorganisation noch einmal zunehmen, von 75.000 2014 auf insgesamt 219.000 im Jahr 2015. "Europa ist im Mittelmeer mit einer Flüchtlingskrise von historischem Ausmaß konfrontiert", warnt das Kommissariat der Vereinten Nation für Flüchtlinge (UNHCR). "Die Mehrheit der Menschen, die auf dem Seeweg nach Europa gelangen, sind Flüchtlinge und Suchen Schutz vor Krieg und Verfolgung", unterstrich UNHCR-Chef Antonio Guterres des Weiteren in einer Presseerklärung... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

NATO :

Besuch des NATO-Generalsekretärs in Rumänien



NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg erklärte am 2. Juli in Bukarest, dass die NATO "in keinerlei Form die Konfrontation sucht", dass man aber bereit sei seine Mitgliedsländer vor neuen Bedrohungen "aus dem Osten und Süden" zu verteidigen. "Die NATO sucht die Konfrontation nicht, sie wird aber alles notwendige unternehmen, um die Sicherheit seiner Mitgliedsländer zu garantieren", sagte er auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem rumänischen Präsidenten Klaus Johannis. "Die Welt ändert sich gerade, wir sehen ein viel entschlossener auftretendes Russland, dass seine Nachbarn einzuschüchtern versucht und Grenzen mit Gewalt zu verändern", so Stoltenberg weiter. Bei seinem Besuch eröffnete er ein neues Kommando- und Kontrollzentrum der Allianz, das erste von sechs weiteren dieser Art, die in Osteuropa geplant sind. "Dieses Zentrum ist keine Militärbasis, sondern nur ein kleines Generalquartier". Es diene ausschließlich der "Verteidigung", sagte Jens Stoltenberg... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Parlament :

Rede von Juncker zu Griechenland und der lettischen Ratspräsidentschaft vor dem Europäischen Parlament



Der Präsident der Europäischen Kommission Jean-Claude Juncker hat am 7. Juli eine Rede vor dem Europäischen Parlament gehalten, in der er eine Bilanz zur lettischen Ratspräsidentschaft zog und sich zum griechischen Referendum äußerte. Bezüglich der lettischen Präsidentschaft im Europäischen Rat wolle er dem Land "sein ganzes Lob aussprechen für die erreichte Arbeit" - insbesondere vor dem Hintergrund, dass es sich um die erste Präsidentschaft des Landes gehandelt habe. Die Arbeit im Europäischen Rat sei "beispielhaft" und erfolgreich gewesen, unter anderem auf dem Gebiet der Energieunion, des einheitlichen Kapitalmarktes und des europäischen Digitalmarktes.

Bezüglich des griechischen Referendums verteidigte Jean-Claude Juncker seine Position und begegnete der Kritik an der Europäischen Kommission. Er wünsche sich einen "Grexit vermeiden zu können". Eine Einigung könne aber nur auf dem Gipfel der Eurozone erreicht werden... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Eurostat :

Arbeitslosenquote stabilisiert sich in der Eurozone



Die Arbeitslosenquote lag in der Eurozone und der Europäischen Union im Monat Mai 2015 bei 11,1% beziehungsweise 9,6% und ist damit verglichen mit April 2015 konstant geblieben. Gegenüber Mai 2014 sank sie nach Angaben von Eurostat, dem Statistischen Amt der EU (Mai 2014: 11,6% in der Eurozone und 10,3% in der gesamten Europäischen Union). Die niedrigste Arbeitslosenquote wurde in Deutschland gemessen (4,7%), am höchsten war die Quote der Erwerbslosen in Griechenland (25,6% im März 2015) und Spanien (22,5%)... [Fortsetzung](#)

Rückgang der jährlichen Inflationsrate in der Eurozone



Nach Schätzungen von Eurostat, dem Statistischen Amt der Europäischen Union, ist die jährliche Inflationszahl der Eurozone im Juni 2015 um 0,1 Punkte auf 0,2% zurückgegangen. Im Mai 2015 lag sie noch bei 0,3%... [Fortsetzung](#)

Veröffentlichung der Zahlen zur Neueinbürgerung in den Mitgliedsstaaten



Nach Angaben von Eurostat, dem Statistischen Amt der Europäischen Union, sind ungefähr 1 Million Personen (985000) im Jahr 2013 in einem Mitgliedsland der Europäischen Union eingebürgert worden. Gegenüber 2012 stellt das eine Erhöhung um 20% dar. Von den 985000 neueingebürgerten Personen kommen 89% aus Drittstaaten. Die Hauptempfänger einer europäischen Staatsbürgerschaft sind Marokkaner (86500), Inder (48300) und Türken (46500). Am höchsten war die Zahl der Neubürger in Schweden (7,6 von 100 ausländischen Mitbewohner erhielten die Staatsbürgerschaft), in Ungarn (6,5) und in Portugal (5,9). Am wenigsten Neubürger vermeldeten die Slowakei (0,3), Tschechien (0,5) und Dänemark (0,5)... [Fortsetzung](#)

Berichte / Studien :

Bericht über die Effizienz des Europäischen Haushalts



Die Europäische Kommission hat ihren jährlichen Bericht zum europäischen Haushalt veröffentlicht. Demzufolge übte der europäische Haushalt einen positiven Effekt auf Investitionen sowie Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung aus. Nach Angaben des Berichts konnten mit einem ausgegebenen Euro aus dem EU-Haushalt 9€ in Europa in Bewegung gesetzt werden... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#) | [Andere Links](#)

OECD-Bericht zu Jugendlichen mit Migrationshintergrund



Die OECD hat am 2. Juli einen Bericht mit dem Titel "Indikatoren für die Integration von Einwanderern 2015: Sich zurecht finden" vorgelegt. Der Bericht kommt zu dem Entschluss, dass Kinder von Einwanderern weiterhin mit einer ganzen Reihe von Schwierigkeiten bei der Integration in OECD-Mitgliedsstaaten konfrontiert sind, insbesondere in der Europäischen Union. Erklären lassen sich die Probleme oftmals mit dem niedrigen Bildungsstand der Jugendlichen, der es ihnen schwer macht eine Arbeit zu finden. So kommen Jugendliche mit Migrationshintergrund 50% häufiger mit Arbeitslosigkeit in Berührung als Jugendliche ohne Migrationshintergrund. Es wird außerdem geschätzt, dass einer von fünf Jugendlichen aus einer Einwandererfamilie das Opfer von Diskriminierung wird. Letzteres wurde aber nicht in außereuropäischen OECD-Mitgliedsländern beobachtet... [Fortsetzung](#)

Kultur :

Treffen der Fotografie in Arles



Noch bis zum 20. September findet in Arles das Treffen der Fotografie 2015 statt. Auf dem Programm stehen Fotografie-Fortbildungskurse, Nachtvorstellungen unter freiem Himmel, Konferenzen und Debatten und mehr als 60 Ausstellungen an Plätzen, die der Öffentlichkeit

normalerweise nicht zugänglich sind. Gegründet wurde das Festival 1969. Seitdem macht es die Stadt Arles einmal im Jahr zur internationalen Hauptstadt der Fotografie... [Fortsetzung](#)

Festival Rock in Roma



Noch bis zum 6. September wird in Rom das diesjährige 'Rock in Roma'-Festival stattfinden. Auf dem Spielplan stehen Internationale Rockgrößen wie Muse, Linkin Park, Robbie Williams und Noel Gallagher, aber auch bekannte Künstler anderer Stilrichtungen wie Techno, Pop oder Rap, darunter Damian Marley und Stromae... [Fortsetzung](#)

Jazz-Festival von Gent



Die belgische Stadt Gent richtet vom 10. bis zum 19. Juli ein Jazz-Festival aus. Auf zwei Bühnen werden zahlreiche bekannte Künstler der gegenwärtigen Jazzszene sowie Folk- und Popkünstler auftreten. Zu den Künstlern, die man auf keinen Fall verpassen sollte, zählt sicherlich das südamerikanische Gitarren-Duo Rodrigo y Gabriella, die am 16. Juli auf der Bühne stehen werden... [Fortsetzung](#)

Von Rubens bis Van Dyck in der Pariser Pinakothek



Eine der reichhaltigsten Privatsammlungen von flämischer Kunst, die Sammlung von Hans Rudolf Gerstenmaier, wird in diesem Sommer vom 10. Juli an in der Pariser Pinakothek zu sehen sein. Es werden Bilder auf Holz und Leinwand ausgestellt sowie wie Gravuren, allesamt von großen Meistern wie Rubens oder sein Schüler Van Dyck. Die Landschaftsmalerei wird von Joost de Momper zusammen mit Jan Brueghel verkörpert, die die flämische Landschaft in ein Dämmerlicht tauchen. Auch Werke aus dem Genre der Blumenmalerei werden gezeigt. Des Weiteren wirft die Ausstellung einen Blick auf die Historien- und Religionsmalerei mit der Anbetung der Engel und Schäfer von Martin de Vos... [Fortsetzung](#)

Ausstellung zu Ehren von Audrey Hepburn in der National Portrait Gallery in London



Noch bis zum 18. Oktober ehrt die National Portrait Gallery in London die britische Schauspielerin Audrey Hepburn (1929-1993) mit einer Ausstellung. Anhand von Arbeiten bekannter Fotografen wie zum Beispiel Richard Avedon, Cecil Beaton, Terry O'Neill, Norman Parkinson oder Irving Penn, aber auch mithilfe Titelblättern von Magazinen und Filmen zeichnet die Ausstellung das Leben der Schauspielerin nach. Begonnen wird bei Audrey Hepburns Anfängen als Chorsängerin bis hin zu ihrem Engagement für UNICEF am Ende ihres Lebens, Bezug genommen wird dabei auch auf ihre Zeit als Ratgeberin für den Modemacher Givenchy... [Fortsetzung](#)

Agenda :



6. bis 9. Juli
Straßburg
Plenarsitzung des Europäischen Parlaments



Der Newsletter ist auch in folgenden Sprachen erhältlich:



 Ich mag den Newsletter der Robert Schuman Stiftung

Die Redaktion des Newsletters :

Charles de Marcilly, Helen Levy ; Marion Attia, Leslie Biaggi, Romain Denninger,
Francesca Tortorella, Matthias Touillon, Antoine Villedey

Chefredakteur : Charles de Marcilly

Publikationschef : Pascale Joannin

Kontakt / Anmerkungen

info@robert-schuman.eu

Robert-Schuman-Stiftung wurde im Jahr 1991 als gemeinnützige Stiftung gegründet und ist nunmehr eines der bedeutendsten Forschungszentren Frankreichs zu Europa und den europäischen Politiken. Sie erstellt zahlreiche Studien zur Politik der Europäischen Union und publiziert diese außer in Frankreich auch im europäischen Ausland. Auch außerhalb Europas informiert die Robert-Schuman-Stiftung regelmäßig über aktuelle politische Entwicklungen in Europa. Mit ihren Recherchen, Veröffentlichungen und Veranstaltungen regt die Robert-Schuman-Stiftung immer wieder zur öffentlichen Debatte europäischer Themen an und bereichert diese zusätzlich durch ihr Engagement und zahlreiche wissenschaftliche Beiträge. Stiftungspräsident : Jean-Dominique Giuliani.

Wollen Sie diesen Newsletter abbestellen? {LINK}